

ENTSCHLIEßUNGSANTRAG

der Abgeordneten Ing. Westenthaler
Kolleginnen und Kollegen
betreffend Einrichtung einer Grenzschutzeinheit beim Bundesministerium für Inneres

eingebracht im Zuge der Debatte über den Tagesordnungspunkt 6, Bericht des Ausschusses für innere Angelegenheiten über die Regierungsvorlage (330 d.B.): Bundesgesetz, mit dem das Asylgesetz 2005, das Fremdenpolizeigesetz 2005, das Gebührengesetz 1957, das Grundversorgungsgesetz – Bund 2005, das Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetz, das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 und das Tilgungsgesetz 1972 geändert werden (Fremdenrechtsänderungsgesetz 2009 – FrÄG 2009) (387 d.B.)

Vor dem Hintergrund des in den vergangenen Tagen bekannt gewordenen Schlepperskandals, im Zuge dessen 64 Kurden in einem Lkw nach Österreich geschleppt wurden, ist die immense Notwendigkeit von Kontrollen an den Grenzen erneut evident worden. Hans Niessl von der SPÖ sagte dazu im Interview mit der Zeitung ÖSTERREICH: „Gerade der Schlepper-Fall zeigt, dass viel zu wenig Polizisten an den Grenzen kontrollieren. Im Burgenland fehlen 300 Polizisten. Hier haben das Innenministerium und Ministerin Fekter versagt. Ich fordere, dass die Polizei aufgestockt wird und dass der Assistenzeinsatz des Bundesheeres bleibt. Ich bin für fallweise Grenzkontrollen und mehr Kontrollen im Grenzraum.“

Auch der Landeshauptmann von Niederösterreich, Erwin Pröll, führte in diesem Zusammenhang aus: „Wichtig ist die Kontrolle von Bundesheer und Polizei. Nur ein Zusammenspiel von Polizei, verdeckten Ermittlungen und Bundesheer wird Erfolg bringen.“

Es ist im Interesse der Sicherheit der Österreichischen Bevölkerung somit unbedingt erforderlich beim Bundesministerium für Inneres eine eigene Grenzschutzeinheit einzurichten, die über eine ausreichende Zahl speziell geschulter Beamter und über die technischen Ressourcen verfügt in Zusammenarbeit mit dem Bundesheer eine effektive Überwachung des grenznahen Raumes in Österreich zu gewährleisten, um Phänomene wie den ausufernden Kriminaltourismus und die steigende Schlepperkriminalität wirksam zu bekämpfen.

Entschließungsantrag:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesministerin für Inneres wird aufgefordert, eine spezielle Grenzschutzeinheit beim Bundesministerium für Inneres einzurichten, die über die notwendigen personellen und technischen Ressourcen verfügt, um zusätzlich zum Assistenzeinsatz des Bundesheeres eine lückenlose Grenzüberwachung zu bewerkstelligen.“

